

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640

Druckpreis: die 6 arbeiter Räume zu 20 Goldmark, die 3 arbeiter Räume zu 10 Goldmark, die 2 arbeiter Räume zu 5 Goldmark, die 1 arbeiter Räume zu 2 Goldmark. Die 6 arbeiter Räume im letzten Teile der Zeitung zu 20 Goldmark. Nachdruckgebühr 20 Goldmark. Wergeldfreie Zeitungsbestellungen u. Nachbestellungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis Vormittag 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Bestellungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.



Wergeldfreie Zeitungsbestellungen u. Nachbestellungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis Vormittag 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Bestellungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen.

Nr. 136 — 1923 — 82. Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 20. / 21. November

Der Bock als Gärtner

Wenn das alles auf Wahrheit beruht, was die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in ihrer gestrigen Sonntagsnummer über Herrn Dr. Zeigner zu melden wissen, dann hat die Sozialdemokratie einen Schlag erlitten, von dem sie sich nicht wieder erholen kann. Wenigstens im „Freistaat“ Sachsen. Man soll gewiß die Person von der Sache trennen. Wenn aber, wie es hier geschieht, die Sozialdemokratie sich im Besitz der hohen und höchsten Regierungsämter befindet, wenn sie und nur sie allein diese Stellen mit den ihr genehmen Männern besetzt, wenn sie sich selbst deren Führung anvertraut und das ganze Volk unter diese Führung zwingt, so hat sie auch die Verantwortung übernommen für das Tun und Lassen dieser ihrer Männer. Der sonst wohl berechnete Grundsatz der Trennung von Person und Sache — hier hat er keine Geltung! Da die Sozialdemokratie in Sachsen alle wichtigen Ämter mit ihren Leuten besetzt hält, so hat sie damit auch die Pflicht übernommen, für die Lauterkeit der Gesinnung ihrer Männer einzustehen. Sie darf die Zugehörigkeit zur Partei nicht allein als „Befähigungsbeweis“ gelten lassen. Den vielen kleineren und mittleren Misgriffen — um sich eines gelinden Ausdrucks zu bedienen — folgt im Falle Zeigner ein solcher, der kaum mehr zu übertrieben ist. Einer Partei aber, die in der Auswahl der Männer zur Leitung der Geschäfte eines vordem blühenden Landes so oft daneben gegriffen hat, die so oft bewiesen, daß sie es an der erforderlichen Vorsicht hat fehlen lassen, kann und darf die Bestimmung darüber nicht länger überlassen bleiben. Gelangt sie zu dieser Erkenntnis nicht aus sich selbst heraus und zieht die Konsequenzen, so muß sich die Auffassung immer weiterer Kreise bemächtigen, daß sie nicht ohne Absicht dem unausbleiblichen Chaos zusteuert. Was die „L. N. N.“ veröffentlicht, deutet mehr an als einen „Fall Zeigner“. Hat Dr. Zeigner schon als Justizminister dahin gestrebt, die im sächsischen Justizdienste durch jahrelange Pflichttreue erprobten Männer von den einflussreicheren und wichtigeren Dienststellen auf mehr abgelegene Posten abzuschieben, um die Plätze für Männer seiner Parteizugehörigkeit frei zu bekommen, um wieviel mehr noch als Ministerpräsident! Die unausbleiblichen Folgen solcher Zerlegung müssen und werden sich jetzt offenbaren! Aus dem „Fall“ Zeigner wird sich ein Kattenkönig ergeben, das liegt klar auf der Hand. Wie weit er seine zum Himmel hinauf duftenden Kreise ziehen wird, bleibt abzuwarten. Die Zeichen des Verfalls einer Partei, unter deren Herrschaft solcher Morast in der Entstehung möglich, in seiner Ausbreitung zu völliger Verwilderung aber derart fortschreitet, mehrten sich von Tag zu Tag. Bedurfte es wirklich erst des Pestilenzgestanks, den die von Leipzig aus ausgeflossene Eierdeule verbreiten wird, um die besonnenen Elemente im Freistaat Sachsen allesamt auf den Plan zu rufen, diesem Treiben ein Ziel zu setzen? —

Wir lassen die Ausführungen des Leipziger Blattes hier im Auszuge folgen:

Die Vorgänge in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die von der sozialdemokratischen Presse bisher totgeschwiegen worden sind, ließen von vornherein darauf schließen, daß es sich in dem Falle Dr. Zeigner um sehr schwerwiegende Dinge handelt würde. Da das uns vorliegende Material auch führenden Leuten in der sozialdemokratischen Partei bekannt ist, konnten wir allerdings von dem „Reinlichkeitsgefühl“ der Mahgebenden innerhalb der sozialdemokratischen Partei erwarten, daß sie zwischen sich und Dr. Zeigner endlich den schon seit langem notwendig gewordenen Trennungsschritt ziehen würden. Dieses Schweigen aller Wissenden nötigt uns, nunmehr die breite Öffentlichkeit auf die Gründe der so überraschend in Szene gesetzten Urteilsverteilung des Herrn Dr. Zeigner nach der valutarischen Schweiz hinzuweisen:

Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat wegen Verdachts der Bestechlichkeit im Sinne des § 332 St.-G.-B. ein Verfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner eingeleitet. Dieser Paragraph bedroht übersührte passive Bestechung mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren.

Am einzelnen sei hierzu folgendes mitgeteilt: Dr. Zeigner war bekanntlich, bevor er die Ministerpräsidentenschaft übernahm, sächsischer Justizminister. Man wird sich entsinnen, daß er in dieser Stellung eine auffallende Fülle von Begnadigungen ergehen ließ. Nun hat aber Dr. Zeigner seine Stellung als Vorstand des sächsischen Justizministeriums dazu mißbraucht, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung diese Strafen zu erlassen, und zwar gegen bar und gegen Geschenke.

Er hat sich also Begnadigungen abkaufen lassen!

Als Zeichen der „Ermittlichkeit“ hat Dr. Zeigner alle Arten von Gegenständen des täglichen Bedarfs“ entgegengenommen, so Eier, Mehl, Kartoffeln, Butter, Geflügel, Bekleidungsgegenstände, Schmuckstücke und Papiergeld. Wie eilig es Dr. Zeigner mit dieser Art von Begnadigungen hatte, beweist die Tatsache, daß in Dringlichkeitsfällen sogar entsprechende telegraphische Anweisungen an die Staatsanwaltschaft zur Frei-

lassung der Begnadigten erteilt wurden. Es ist weiter vorgekommen, daß bereits zur Strafhaft eingezogene „Klienten“ des Herrn Dr. Zeigner auf dessen telegraphische Anweisung sofort wieder entlassen werden mußten.

Des Honorar für diese „justizministerielle“ Tätigkeit hat dieser sonderbare Hüter des Rechts in den verschiedensten Lagen seines Lebens entgegengenommen. Teils in seiner Wohnung auf dem Weißen Hirsch, teils im Kaffeehaus, ja sogar auf der Straße hier in Leipzig. Fuhr er von Leipzig nach Dresden zurück, so hatte er die „Abgabepflichtigen“ vor Abgang seines Zuges nach dem Hauptbahnhof bestellt. In der „Goldenen Kugel“ in Leipzig wartete der biedere Landmann, der wegen Getreidemuchers bestraft war, mit der „Weihnachtsgans“, bis

heiten über diese „geborstene sozialistisch-kommunistische Säule“ aufzuwarten.“

Die Verantwortung über diese Auslassungen müssen wir dem Leipziger Blatte überlassen. Die „L. N. N.“ stehen ganz gewiß nicht in dem Aufse der Sensationsmacherei um jeden Preis. Der wiederholte Hinweis darauf, daß die Redaktion über Einzelheiten wohl unterrichtet ist, dürfte ja auch genügen. Was die „Dresdner Volkszeitung“, die in ihrer Sonnabendnummer den früheren sächsischen Justizminister und späteren Ministerpräsidenten noch in Schutz zu nehmen suchte, nun zu sagen weiß, bleibt abzuwarten. Von ihren Nachschöhen abschütteln kann sie „ihren“ Dr. Zeigner ebensowenig, wie dies die gesamte Sozial-

In den Armen liegen sich beide...

Sitzung des Zentralvorstandes der DVP.

Berlin, 18. Nov. Auf einer am Sonntag im Reichstage stattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei befaßte sich Dr. Stresemann mit den Meinungsveränderungen über die von ihm geleitete Politik innerhalb seiner Fraktion und gab zu diesem Zweck auch einen groß angelegten Ueberblick über die politische Lage. Es handelt sich, begann der Reichstagsminister, darum, ob meine Politik in meiner eigenen Partei Zustimmung oder Ablehnung findet. Das Weitere hängt davon ab: Entweder ist die Partei mit ihrem Kanzler nicht einverstanden, dann hat er die Konsequenzen zu ziehen, oder aber die Partei steht hinter ihrem Kanzler, dann haben andere die Konsequenzen für ihr Verhalten zu ziehen. Ich lege auch Wert darauf, daß man mit voller Offenheit auf beiden Seiten spricht und daß man dabei alle Fragen berührt, an denen zum Teil heftige Kritik geübt worden ist.

Nach 12stündiger Sitzungsdauer,

in welcher alles eingehend erörtert wurde, was in der Öffentlichkeit an Zwifligkeiten innerhalb der Partei bekannt geworden war, gelangte man bei 11 Gegenstimmen von über 200 anwesenden Parteiführern zu folgender

Entschliebung:

„Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei gedenke in Trauer und Stolz der tapferen Volksgenossen an Rhein und Ruhr. In dieser tiefsten Not sind wir mit der Reichsregierung darin einig, daß der staatsrechtliche Zusammenhang des besetzten Gebietes mit dem Reich und Ländern unverändert bleibt. Deutsch ist und deutsch soll es immerdar bleiben. Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Dr. Stresemann sein volles Vertrauen aus. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Aenderung in der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustande zu bringen, steht er in der Zusammensetzung der zurzeit das Kabinett stützenden Parteien unter Führung Dr. Strese-

manns die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit. Dabei nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist von ihr überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik resolos unterstützen wird.“

Offizielle Anfrage Frankreichs an England.

London, 18. Nov. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat die französische Regierung an die englische offiziell die Anfrage gerichtet, ob sie sich an neuen Strafmaßnahmen gegen Deutschland beteiligen werde. Wenn eine negative Antwort erfolge, werde Frankreich einen eigenen Weg geben.

Frankreich kennt keine Schwäche.

Paris, 18. Nov. Auf einem Bankett des republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft des Bureaus Mascurand, das bei allen Kammerwahlen eine große Rolle spielt, hielt gestern abend Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er u. a. sagte, die letzten Ereignisse könnten Frankreich nicht zur Schwäche gegenüber Deutschland veranlassen oder etwa die Ruhrbesetzung bebauern lassen. Frankreich sei in der Lage, den Frieden zu verteidigen und seinen Sieg zu retten. Die Stunde der Konzessionen sei vorüber. Freiwillig oder gezwungen müsse der Vertrag ausgeführt werden.

Der französische Franken fällt weiter.

Paris, 17. Nov. Der französische Franken ist in dieser Woche täglich gefallen und hat am Freitag den tiefsten Stand erreicht, den er bisher gehabt hat, nämlich 18½ Franken für einen Dollr. Der Franken von heute ist damit etwas weniger wert als 30 Centimes vor dem Kriege. Die Teuerung in Frankreich steigt und macht sich allmählich auch in der Lebenshaltung der Bevölkerung bemerkbar.

demokratie vermag. In die Reihen der „Genossen“ aber dürfte diese Brandfackel nicht vergeblich hineinleuchten! Der erstere Teil derselben aber wird sich wohl nun endlich klar darüber werden, wo solche „Hübertschast“ einmal enden muß. F.

Mussolini für Deutschlands Leben.

Keine weitere Besetzung. Einen recht kräftigen Wasserstrahl schickte der italienische Ministerpräsident Mussolini in einer Senatsrede nach Paris. Er erklärte, die italienische Regierung würde eine weitere Besetzung deutschen Gebietes nicht billigen können. Man müsse den Mut haben, zu sagen, daß das deutsche Volk noch am Leben sei; 61 Millionen Einwohner befänden sich auf dem Gebiete Deutschlands und weitere Millionen in Österreich und anderen Ländern, und man könne und dürfe nicht daran denken, dieses Volk zu vernichten.

Die Richtlinien der italienischen Politik

In bezug auf Deutschland umriß Mussolini wie folgt: Herabsetzung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Ziffer und insofern entsprechende Herabsetzung der interalliierten Schulden, ein genügend langes Moratorium für Deutschland außer für die Reparationen in natura, Räumung des Ruhrgebietes nach Erlangung der Pfänder und Garantien, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, aber moralische und politische Unterstützung einer Regierung, welche die Ordnung im Reich wiederherstellt und Deutschland zur finanziellen Gesundung führt, keine Veränderung territorialer Art.

Italien sei bereit, in dieser Richtung vorzugehen, das entspreche den höheren Interessen der Gerechtigkeit.

er herausgerufen und nach dem Blücherplatz geführt wurde. Dort stand erwartungsvoll der Herr Justizminister, bekleidet mit einem weiten Rodmantel, nahm im Schwung die Weihnachtsgans entgegen und ließ sie unter dem Rodmantel verschwinden, um nach Erlebigung dieses „Gefälligkeitsdienstes“ seine amtliche Dienstreise nach Dresden fortzusetzen. Zur Entgegennahme der kleineren Haushaltbedürfnisse, wie Butter und Eier, war die Gattin dieses seltsamen Justizministers beauftragt; Mehl wurde in der Händelstraße bei einer neben Verwandten abgeladen. Noch heute schmückt die Gattin dieses

„Anwalts der Armen und Enterbten“

ein Brillantkollier, das mit dem aus formalen Gründen an das Justizministerium abgefertigten Gnabengesuch in der Privatwohnung des Herrn Ministers auf den Schreibtisch niedergelegt wurde. Den Vorkämpfer des Proletariats selbst ziert ein kostbarer Pelz, der gleichfalls dem „Orange nach Freiheit“ eines Entgleisten seine Herkunft verbandt. — Am das vorstehende Bild abzurunden, bemerken wir noch, daß sich die Tätigkeit des Herrn Dr. Zeigner nicht nur auf die ihm zugetragenen Sachen beschränkte; er veranlaßte auch von sich aus seine Mittelsmänner, an Gnabenedürftige oder solche, die er daraufhin einschätzte, wegen der Höhe der Bestechungssumme heranzutreten.

Wir wiederholen, daß wir über die Einzelheiten der Fälle vollkommen unterrichtet sind. Wir begnügen uns heute mit diesen allgemeinen Hinweisen in der Erwartung, daß man nunmehr auch in Regierungs- und Parteikreisen der Sehnsucht Dr. Zeigners nach der schönen und freien Schweiz einige Beachtung widmen wird. Werden aus naheliegenden politischen Gründen unsere Angaben von der Presse, die sich bisher als Schildehalter Dr. Zeigners nicht genug tun konnte, übergangen oder abgeschwächen versucht, so werden wir mit weiteren Einzel-